

Der Freisinn

FDP

Nr. 10
Oktober 1984
6. Jahrgang
Erscheint monatlich

Redaktion:
«Der Freisinn»
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:
ofa Orell Füssli Werbe AG
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich
Telefon (01) 251 32 32

Herausgeber:
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)
Postfach 2642, 3001 Bern
Telefon (031) 22 34 38

Von staatlicher Interventionsfreude und unternehmerischem Vertrauen

Rahmenbewilligungen sind kein leeres Wort

Obschon sich das Jahr 1984 konjunkturell günstig angelassen hat und der imposante Aufschwung in Nordamerika allmählich auf Europa und andere Regionen übertragen worden ist, fällt eine verbreitete Unsicherheit in der Beurteilung der weiteren Perspektiven auf.

Die Investitionsbereitschaft, deren Zunahme eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Erholung gewährleisten müsste, ist zurückhaltend geblieben. Dafür sind weder fortbestehende industrielle Überkapazitäten noch ein global hohes Zinsniveau allein verantwortlich. Vielmehr fehlt es weitherum an Vertrauen in eine prosperierende Zukunft, weil staatlicher Interventionismus, wie er in den vielfältigsten Formen auftritt, ein dynamisches unternehmerisches Handeln hemmt.

Mahnungen von weltumfassenden Gremien

Es kommt nicht von ungefähr, dass auf solche Sachverhalte grosse internationale Wirtschaftsorganisationen, die im Herbst über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen pflegen, mit Nachdruck aufmerksam machen. So hat der Internationale Währungsfonds in Washington gemahnt, dass trotz wieder wachsendem Welthandel und glücklicherweise abgeschwächter Inflation eine breitangelegte

Verbesserung gefährdet bleibe, solange die internationale Gemeinschaft einen weiter grassierenden Protektionismus zulasse.

Ähnlich wie die in Genf domizilierte Welthandelsorganisation Gatt darauf hin, dass an der Wurzel von «Unsicherheit in der Geschäftswelt» wirtschaftspolitische Rigiditäten und protektionistischer Wildwuchs lägen. Es mangle daher an Risikobereitschaft, aber auch an Risikofähigkeit, zumal auch wohlfahrtsstaatliche Belastungen steuerlicher und sozialpolitischer Art einer gesunden Investitions- und Innovationsentwicklung im Wege stünden. Der Ausweg könne nur über nationale und internationale Wirtschaftspolitiken führen, die geeignet seien, unternehmerisches Vertrauen wiederherzustellen.

Unerlässliche Freiheitsräume

Auf Variationen dieses Themas stösst man mit gutem Grund auch in der näheren wirtschaftlichen Umgebung. Den Unternehmern müssen Freiheitsspielräume belas-

sen werden, betonte etwa der Präsident des Vororts, Dr. Louis von Planta, an der diesjährigen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins. Es sei, so fügte er bei, erschreckend, festzustellen, «wie stark die Reglementierung in den vergangenen Jahren zugenommen hat». Sie reiche von arbeitsmarktpolitischen bis zu ökologischen Auflagen und von fiskalischen bis zu bau- und verwaltungsrechtlichen Bürden. Um so mehr gelte es, zu bewährten liberalen Grundsätzen Sorge zu tragen. Dabei sei die von der Nationalbank durchgehaltene Priorität der Geldwertstabilität von erstrangiger Bedeutung.

Gegen «neumodischen Pessimismus»

Beim gleichen Anlass wurde allerdings ersichtlich, dass es in unserer Nachbarschaft Sorgen von mindestens vergleichbarem Ausmass gibt. Als Gastreferent des Vororts wies nämlich der Geschäftsführer des Bundesverbandes der deutschen Industrie, Dr. Siegfried Mann, nach, dass in den letzten Jahren die Anpassungsfähigkeit der europäischen Industrie empfindlich nachgelassen hat: «Geschrumpfte Unternehmensrenditen, wesentlich mitverursacht durch über die Produktivität hinausgehende Reallohnsteigerungen, haben die Investitions- und Innovationsfähigkeit beschnitten und die Modernisierung des Produktionsapparates behindert.»

Dazu hätten übersteigerte Staatsausgaben und öffentliche Defizite das Ihre beigetragen, und dies in einer Zeit, in der Europa

Fortsetzung auf Seite 2

Auszüge aus der ersten Rede als Bundesrätin

Elisabeth Kopp: «Des Rückhalts der Partei bewusst»

Nach ihrer Wahl in die oberste Landesbehörde hat Elisabeth Kopp an einem «ausserordentlichen traditionellen» Fraktionsessen der freisinnig-demokratischen Fraktion der Bundesversammlung, an dem über 200 Personen teilnahmen, ihre erste Rede als Bundesrätin gehalten. «Der Freisinn» veröffentlicht aus dieser überaus bemerkenswerten Ansprache, die wenn nicht ein Credo, doch eine Standortbestimmung der ersten Frau im Bundesrat ist, einen Auszug:

Ich bin mir wohl bewusst, dass in diesem Augenblick grosse Erwartungen auf mir ruhen. Freunde wie Kritiker sind nun gespannt, wie sich diese Frau aus Zumikon im Bundesrat einlebt und durchschlägt. Nun, eine erste Erwartung werde ich Ihnen bereits jetzt nicht erfüllen können. Diese kurze Ansprache soll kein Credo meiner Regierungsabsichten oder Veränderungswünsche sein. Ich bin mir zu gut bewusst, dass die bisherigen sechs Bundesräte kaum darauf gewartet haben, dass ein neues Mitglied kommt, um bereits gesetzte Prioritäten wieder in Frage zu stellen.

Erwartungen

Ich weiss andererseits auch, dass von breiten Schichten unserer Bevölkerung mit meiner Wahl bestimmte Erwartungen und Hoffnungen verbunden sind. Ich werde versuchen, diesen Erwartungen Rechnung zu tragen. Bei aller Realitätsbezogenheit, durch die sich mein politischer Stil seit jeher abzeichnete, wird es vielleicht möglich sein, Akzente anders zu setzen.

Im Vorfeld der Wahlen wurde bedauert, dass die Zürcher Freisinnigen keinen Mann der Wirtschaft nominierten. Gut, ein Mann der Wirtschaft bin ich beileibe nicht. Ich bin aber eine Frau der Wirtschaft – genauso wie ich auch eine Frau der älteren Menschen in diesem Lande bin, eine Frau der Jungen und der Jugendlichen, die zum Teil besorgt um ihre Zukunft sind, eine Frau der Natur und dem Bewusstsein für unsere Umwelt im weitesten Sinn. Gleichzeitig bin ich auch eine Schweizerin, die auf die Eigenart und Unabhängigkeit unseres Landes bedacht ist. Wenn man die Probleme eines Landes in einem übergeordneten Zusammenhang beurteilt, wenn man als Politiker die Bereitschaft zeigt, Anlaufstation nicht nur für die «eigenen» zu sein, dann ist es auch nicht notwendig, dass man Frau oder Mann einer bestimmten Interessengruppe ist. Wer aber dieses schweizerische System bejaht, der bejaht auch dessen Wirtschaft und damit auch jene Leute, die unsere Wirtschaft in Bewegung halten, das geht vom Mann an

der Drehbank bis zum Präsidenten eines Verwaltungsrates.

Ja zu einer gesunden Wirtschaft

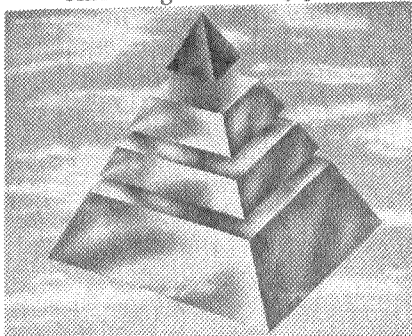
Wir alle wissen um die fundamentale Bedeutung einer gesunden Wirtschaft. Auf das Risiko hin, zu wiederholen, was ich in unzähligen Vorträgen seit Jahren ausgeführt habe, halte ich trotzdem fest: Zur Lebensqualität gehört nicht nur eine gesunde Umwelt – dies zwar sicher auch –, sondern ebenso sehr Arbeitsplätze, ein bestimmtes Mass an sozialer Sicherheit, Rechtssicherheit, persönlicher Freiheit und jener Grad an Unabhängigkeit vom Staat, in welchem die Idee des Liberalismus begründet liegt. Und zur Bejahung unseres schweizerischen Systems gehört ebenso klar das Bekenntnis zu unserer Armee als wichtigstem Bestandteil unserer Sicherheitspolitik.

Das Verhältnis zur Partei

Gestatten Sie mir einige Gedanken, wie ich als Bundesrätin mein Verhältnis zu unserer Partei sehe. Es ist schon vorgekommen, dass ein Parlamentarier nach der Wahl in der Regierung seiner Partei sanft entglitt und mehr oder weniger einsam politisierte. Persönlich bin ich mir wie meine Vorgänger des unersetzlichen Rückhalts der Partei, der Fraktionskollegen und vor allem der breiten Basis von

Fortsetzung auf Seite 6

SKA Anlage-Service plus.



Wir leisten mehr, damit Sie an der Spitze sind.



SCHWEIZERISCHE
KREDITANSTALT
SKA



Bundesrätin Elisabeth Kopp zusammen mit ihrem Vorgänger im Amt, Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich. Über das historische Ereignis der Wahl der ersten Frau in die oberste Landesbehörde berichtet «Der Freisinn» nicht nur auf dieser Seite. (Photo ruti)

Tribüne



Modernisierung unserer Armee — schwierig, aber notwendig

Das Bemühen um die Aufrechterhaltung einer kampfkraftigen und somit glaubhaften und von einem möglichen Angreifer ins Kalkül einbezogenen Armee steht keineswegs im Gegensatz zu den Bestrebungen nach Frieden — aber eben nach Frieden in Freiheit und Unabhängigkeit, ohne die ein Frieden illusorisch ist. «Alles spricht von Frieden — unsere Armee bewahrt ihn.»

Es ist daher nicht überflüssig, immer wieder auf diese Tatsachen hinzuweisen und die Voraussetzungen zu schaffen, die allein eine Armee rechtfertigen, nämlich den Willen des Volkes zur Freiheit und die Bereitschaft, dafür die notwendigen Opfer zu bringen. Nicht allein die Geschichte der jüngsten Zeit, sondern auch die Gegenwart sollten eindrücklich genug zeigen, was es heisst, seine individuelle Freiheit und staatliche Unabhängigkeit zu verlieren. Eigenartig, dass gerade von Leuten, die sich gegen jede Stärkung unserer Armee auflehnen, nicht laut genug für militante Organisationen geworben werden kann, solange sich diese gegen Staaten mit einem kapitalistischen Gefüge richten. Dass noch heute Menschen in einem Kolonialreich durch Mauern, Minen und Selbstschussanlagen vor der Freiheit «bewahrt» werden, bedrückt offenbar weit weniger. Hier Ruf nach Abschaffung unserer Armee, die nichts anderes will, als das Land vor einem Angreifer schützen, dort Appell zur Aufrüstung und zum Kampf oder Stillschweigen. Mit Dummheit allein lässt sich solches Tun nicht begründen.

Gute Grundlagen für die Schulung der Armee sind vorhanden

Diesen Strömungen von virulenten und lautstarken Minderheiten zum Trotz, denen leider selbst von Parteien Unterstützung zukommt, die sich verbal zur Landesverteidigung bekennen, vollzieht sich der notwendige Prozess der Modernisierung unserer Armee. Es muss hier einmal betont werden, dass wir gerade auf dem

Gebiet der modernen Ausbildungsanlagen und -hilfen enorme Fortschritte gemacht haben. Aber auch die Tatsache, dass jährlich Zehntausende in Rekrutenschulen, Kadern und Wiederholungskursen einrücken und dass diesen rund 700 Dienstverweigerer gegenüberstehen, soll zur Kenntnis genommen werden. Für diese 700 Grundsätze der allgemeinen Wehrpflicht in Frage zu stellen wäre unverantwortlich.

Rüstungspolitik und Rüstungsbeschaffung

Abgesehen von der rigorosen Handhabung unserer rüstungspolitischen Maximen und den sich daraus ergebenden selbstgesetzten Grenzen in bezug auf die Waffenausfuhr, stellen sich einer langfristigen und wirkungsvollen Rüstungsbeschaffung viele Hindernisse entgegen. Sie liegen nicht zuletzt auch in der militärischen Führungsstruktur unserer Milizarmee sowie in der engen Verflechtung zwischen der Armee, der Verwaltung und den politischen Entscheidungs- und Kontrollbehörden. Sie zu ändern ist schlichtweg unmöglich, wenn auch nicht unbedingt notwendig. Sie zu verbessern ist aber ebenso notwendig wie schwierig. So ist der Start mit dem sicher logischen und zweckmässigen System der Festlegung der langfristigen Zielsetzungen in einem Armeeleitbild und der Konkretisierung der mittelfristigen Planung in Austauschritten, die zeitlich einer Legislaturperiode des Parlaments entsprechen, recht turbulent verlaufen. Offenbar harren allzu viele Projekte der Realisierung, sei es als Abschluss der seinerzeit im Armeeleitbild 80 festgelegten

Zielsetzungen, sei es wegen der seither vor allem auch unter dem Eindruck der Erfahrungen des Libanonkrieges erkannten Lücken.

Zwei wesentliche Erschwernisse

Neben den zahllosen Tücken der Objekte selbst, die es zu beschaffen gilt, sind es zwei Dinge, die eine Modernisierung der Armee erschweren. Da ist einmal das Geld. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Und dann kommt man auf die unmögliche Idee einer «Opfersymmetrie», als ob es nicht die Aufgabe von Regierung und Parlament wäre, klare Prioritäten zu setzen.

Und als zweites kommt dazu, dass Unverstand und Unvernunft lähmend wirken. Ich meine die Art und Weise, wie die Arbeit der Armeeführung von aussen gelegentlich kritisiert wird und die Anliegen des EMD selbst verschoben werden: Recherchierjournalismus zur eigenen Profilierung, Höhenfeuer als Ausdruck urschweizerischer Eigensinnigkeit, Resolutionen, Demonstrationen und Happenings für einen Frieden ohne Freiheit sind schlechte Voraussetzungen für aufbauende Kritik. Aber auch die Informationspraxis des EMD müsste überdacht werden. Professionalismus schadet dann nicht, wenn er hilft, Pannen zu vermeiden. Ich meine, dass die Armee etwas zu Wichtiges ist, als dass sie der Unvernunft ausgesetzt wäre.

Herbert Wanner



Zweckmässig und notwendig

FDP-Stellungnahme zur Revision der Erwerbersatzordnung

Die vorgeschlagene 5. Revision der Erwerbersatzordnung erscheint der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) zweckmässig und notwendig. Sie pflichtet deshalb dem beantragten Leistungsausbau zu. In ihrer Vernehmlassungsantwort regt die Partei in Anlehnung an die Regelung bei Leiterkursen von Jugend und Sport an, eine gleiche oder ähnliche Lösung für die Entschädigung von Jugendgruppenleitern ins Auge zu fassen.

Auf Grund der veränderten sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse sowie der Tatsache, dass der Fondsbestand zwei Jahresausgaben deckt und die Rechnung jährlich Einnahmenüberschüsse ausweist, erachtet die FDP gewisse Verbesserungen als berechtigt. Insbesondere erscheint ihr die Entschädigung für Alleinstehende mit 35 Prozent des vordienstlichen Lohnes als zu tief. Eine Leistungsverbesserung wird sich nach Meinung der Partei auch positiv auf die Beschäftigungssituation alleinstehender und vor allem junger Arbeitnehmer auswirken, die die Rekrutenschule noch vor sich haben.

Da es durchaus möglich ist, dass die Revisionsanträge die derzeitigen Jahresüberschüsse übersteigen, hält es die FDP für vorsichtiger, die tägliche Entschädigung für Alleinstehende von heute 35 auf 45 statt wie beantragt 50 Prozent zu erhöhen. Dies hätte eine Verringerung der Mehrausgaben um rund 28 Millionen Franken zur Folge und würde sicherstellen, dass der lohnprozentuale Beitragssatz von 0,6 Prozent nicht in einigen Jahren erhöht werden müsste.

Nicht nur versprechen, auch handeln

FDP-Jugendausschuss über Bundesrat enttäuscht

Enttäuscht über den Entscheid des Bundesrates, die Themen «Unterstützung der ausser-schulischen Jugendarbeit» und

Fortsetzung von Seite 1

technologisch gegenüber Amerika und Japan zunehmend im Rückstand zu geraten drohe. Wenn auch «neomodischer Pessimismus» verfehlt sei, so müssten doch bei den Unternehmungen Kapazitäten für wachstumsorientiertes Verhalten freigelegt werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass das Postulat geeigneter Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Tätigkeit alles andere als ein leeres Wort ist, vielmehr sehr reale Bezüge hat.

Giovanni Malagodi 80 Jahre alt



Am 12. Oktober hat Senator Giovanni Malagodi seinen 80. Geburtstag begangen. Der noch im Tagesgeschäft engagierte Politiker stand während zweier Jahrzehnte an der Spitze der Liberalen Partei Italiens und wurde im vergangenen Jahr zum zweitenmal zum Präsidenten der Liberalen Weltunion gewählt. Die Liberale Weltunion ist der weltweite Zusammenschluss liberaler Parteien, der auch die FDP der Schweiz (wie auch die Liberale Partei der Schweiz) angehört.

Malagodi gehörte in Italien bereits in frühen Jahren zu den Warnern gegenüber den Auswüchsen des Wohlfahrtsstaates. Insbesondere wandte er sich auch gegen eine Mitte-Links-Regierung. In den Jahren 1972/73 amtierte er als Schatzminister. Der Abgeordnetenkammer gehörte er von 1953 bis 1978 an, seither ist der Jubilar Mitglied des Senates. Der einstige Bankfachmann, sprachgewandt und mit langjähriger Auslandsfahrung in Europa, USA und Lateinamerika, fand nicht nur in der italienischen Politik, sondern auch als Präsident der Liberalen Weltunion ein ihm angemessenes Tätigkeitsfeld.

Nicht Gleichmacherei, sondern Partnerschaft

«Gleichberechtigung der Frau als Verfassungsgrundsatz — wo stehen wir heute und was tun?» hiess eine von der Frauengruppe der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Demokratie (SAD) Tagung. Nationalrätin Eva Segmüller, St. Gallen, sowie Nationalrätin Leni Robert-Bächtold, Bern, sprachen dabei zur Frau als Partnerin in der Politik und zur Frau in der Gesellschaft der Zukunft und Nationalrat Dr. Hans Georg Lüchinger, Zürich sowie Direktor A. Schuler, Bundesamt für Sozialversicherung, Bern, zur Stellung der Frau im neuen Eherecht und der Frau im Sozialversicherungsrecht.

Der «Buchstabe» sei das eine, das Leben das andere. Das heisst, einerseits seien auf dem Weg zur Gleichberechtigung grosse Fortschritte gemacht worden, andererseits sei vieles noch nicht verwirklicht, sagte Nationalrätin Segmüller. Es brauche mehr als 13 Jahre seit der Einführung des Frauenstimm- und wahlrechts auf eidgenössischer Ebene beziehungsweise mehr als drei Jahre seit der Annahme des Gleichheitsartikels, es brauche Zeit bis zur Verwirklichung der völligen Gleichberechtigung, die nichts mit Gleichmacherei zu tun habe, meinte die Referentin weiter. Für Mann und Frau gebe es noch viel zu tun, um das Ziel zu erreichen.

Nationalrat Lüchinger erläuterte die wichtigsten Punkte im neuen Eherecht, die die Rollenverteilung von Mann und Frau

nach den heutigen Wertvorstellungen festsetzen. Nach Direktor A. Schuler ist die Ursache für die heute bestehenden diskriminierenden Ungleichheiten im Sozialversicherungsrecht die schlechtere Stellung der Frau in Gesellschaft und Wirtschaft. Anhand von Beispielen aus einigen der insgesamt zehn Sozialbereiche, wie AHV, IV, Krankenversicherung, zeigte er dann die verschiedenen Ungleichheiten auf. Mit Blick auf das Rentenalter oder auch darauf, dass es eine Witwen-, aber keine Witwerrente gibt, wies der Referent zudem auch auf die Tatsache hin, dass nicht alle Differenzen für die Frauen nachteilig sind.

Bis heute habe die Frau als «minderwertig» gegolten und sei vom Mann «definiert» worden. Die Frauen müssten sich nun auf sich selbst besinnen, ihre eigene «Bestimmung» und ihren eigenen Weg «finden», anstatt die Männer einfach «nachzuahmen», forderte Nationalrätin Leni Robert-Bächtold. Eine menschliche Zukunft gebe es nur, wenn sich Mann und Frau ergänzten, denn Mann und Frau bildeten zusammen «den Menschen». Bis heute seien sie nur «Spaltprodukte» geblieben. Die Tagung liess keine Zweifel offen, dass das neue Eherecht «Kristallisationspunkt» für neue Leitbilder ist, wie sich Eva Segmüller ausdrückte, und Basis zur Verwirklichung einer echten Partnerschaft zwischen Mann und Frau und nicht «Gleichmacherei».

Margrit Annen-Ruf

Zurück zur Sachlichkeit

Die FDP zum Ausgang der Abstimmung über die beiden Energie-Initiativen

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) veröffentlichte nach dem Urnengang zu den beiden Energie-Initiativen folgende Stellungnahme:

Die Partei wertet den Entscheid über die beiden Energie-Initiativen vor allem aus zwei Gründen positiv: zum einen wurde der Verketzerung der Kernenergie ein Riegel geschoben und ein Votum für deren massvollen Einsatz abgegeben. Zum andern brachte der Souverän einmal mehr zum Ausdruck, dass er Experimente, die gesellschaftspolitische Veränderungen zur Folge hätten und die Versorgungssicherheit für kommende Generationen in Frage stellen würden, ablehnt.

Nach diesem Abstimmungsausgang geht es darum, die Energiepolitik wieder zu versachlichen. Dies gilt vorab für die Behandlung von Gesuchen für die Erstellung von Kernkraftwerken, ebenso für das Problem der Lagerung radioaktiver Abfälle, zu dessen Lösung der Nagra keine weiteren

Hemmnisse in den Weg gelegt werden dürfen.

Die FDP postuliert eine ausreichende, sichere, kostengünstige und umweltgerechte Energieversorgung. Sie erwartet, dass mit ökonomisch sinnvollen Sparmassnahmen, einer verfeinerten Technik und bestmöglicher Energienutzung jeder Verschwendung ein Ende gesetzt wird. Nach Ansicht der Partei ist dem Sparen eine ebenso grosse Bedeutung beizumessen wie der Bereitstellung zusätzlicher Energie. In der Energiepolitik ist niemand machtlos: zumindest sparen kann jeder-mann.

Die FDP hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, dass dieser Urnengang von seiten der Befürworter der beiden Initiativen zum Teil unsachlich geführt wurde. Sie bedauert und verurteilt diese Entgleisungen und hofft, dass inskünftig Abstimmungskämpfe im Interesse einer sachlichen Auseinandersetzung fair geführt werden.

Freisinnige Frauen und die erste Bundesrätin

Erwartungen

Es liegt auf der Hand, dass die Schweizer Frauen, die die Mehrheit der Bevölkerung stellen, Erwartungen gegenüber der ersten Vertreterin ihres Geschlechtes in der obersten Landesbehörde hegen. «Der Freisinn» hat deshalb einige freisinnige Frauen gebeten, in wenigen Zeilen zu formulieren, was sie von einer Landesregierung erwarten, die nicht mehr ein reines Männergremium ist.

Ich erwarte ein Quentchen mehr Mut, ein bisschen weniger Respekt vor einflussreichen Verbänden und Interessengruppen und dadurch Gewinn an Unabhängigkeit im



Lisa Ackermann-Hediger, Kantonrätin, St. Gallen

Denken und Entscheiden. Ich erwarte einen weiblichen Führungsstil gegenüber der Verwaltung: Mitspracherecht, Delegation auf die nächstmögliche Ebene und trotzdem – typisch weiblich – das Heft nicht aus der Hand geben. Ich erwarte Signalwirkung auf die Bevölkerung unseres Landes. Frau Bundesrätin Kopp wird den Beweis erbringen, dass Persönlichkeit und Können als Befähigung gelten, um auf höchster Ebene Verantwortung zu übernehmen, und nicht das Geschlecht.



Dr. Jeannette Attiger-Suter, Kantonalparlamentpräsidentin Basel-Land, Binningen

Das System der Kollegialbehörde wird es richtigerweise kaum ermöglichen unmittelbare Veränderungen in der konkreten Politik der Landesregierung ersichtlich werden zu lassen. Sicherlich ist auch die neugewählte Bundesrätin zu überlegen, um einäugigen, geschlechts-

Boesch
Gartenbau 01 53 04 80
Vorwintertliche Schutzpflege

spezifischen und gleichzeitig wieder benachteiligenden Postulaten das Wort zu reden. Gewiss aber habe ich die Erwartung, dass allmählich der verfassungsrechtliche Gleichberechtigungsauftrag sich nicht im Formalen erschöpft, sondern mehr Inhalt erfährt. Mit der Wahl einer Frau in den Bundesrat ist nicht das «Thema vom Tisch», sondern es ist ein hoffnungsvoller Anfang gesetzt für die Selbstverständlichkeit der politischen Partizipation der Frauen auf allen Ebenen.



Ursula Brunner, Frauenfeld

Auch wenn ich kaum grosse Veränderungen von der Präsenz einer Frau in der Landesregierung erwarte, so geben mir einige Gedanken, die Frau Kopp in der Wahlannahmerklärung geäußert hat, ein

wenig Hoffnung. Sie hat ihren Eltern und ihrem Mann, Menschen, die ihr Leben mitgeprägt haben, gedankt, und sie sagte wörtlich: «Ich werde alles tun, um das, was als Frau und als Mensch in mir steckt, aufzubieten.» Solches zu äussern ist einer jener subtilen Unterschiede zwischen der Art und Weise, wie Frauen sich einbringen und wie Männer hinstehen. Es ist die Äusserung persönlicher Betroffenheit, einer Öffnung, die Bezug und Wärme schafft, und Andeutung jenes ganzheitlichen Denkens, ohne das heute das Handhaben von Politik in eine Sackgasse von Zerstörung führen wird. Ich erwarte nicht, aber ich wünsche von Herzen, dass unsere Landesregierung, mit einer Frau in ihrer Mitte, Mut zu solchen Öffnungen haben wird.



Dr. Regula Frei-Stolba, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF), Aarau

Zum Ersten wünsche ich mir grundsätzlich eine oberste Landesregierung, die vermehrt als Kollegium führt und weniger nur einzelne Departemente verwaltet. Zweitens sollten, wie in jedem gemischten Gremium, nun auch hier in die verschiedenen Sachbereiche die besonderen Erfahrungen einer Frau einfließen und sich zum Wohle des Ganzen in realitätsbezogenen, liberalen Entscheidungen niederschlagen. Drittens wird mit der ersten freisinnigen Bundesrätin Integration und Zusammenarbeit, nicht steriler Feminismus vorgelebt – Ansporn genug für die übrigen,

besonders auch die freisinnigen Frauen, sich nun ihrerseits stärker am öffentlichen Leben zu beteiligen.



Cornelia Füg-Hitz, alt Nationalrätin, Wisen SO

Überall, wo Frauen in Gremien Einsitz und Einfluss nehmen, die früher den Männern vorbehalten waren, ändert sich der Verhandlungsstil, und das Spektrum der Betrachtungsweise wird um die Erfahrung reicher, welche die Frau aus ihrem spezifischen Umfeld mitbringt. Die grösste Erwartung, die ich an unsere «durchmischte» Landesregierung habe, besteht darin, dass ich eine Ausstrahlung auf das Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten erhoffe, endlich als Selbstverständlichkeit zur Kenntnis zu nehmen, dass auch Frauen fähig sind, in Exekutiven und Führungspositionen der Wirtschaft Verantwortung zu tragen.



Janine Isler-Baumer, Kantonrätin, Arbon

Es ist nicht anzunehmen, dass Frau Kopp sich schon jetzt, nach soeben überstandener Wahl, eine Erwartungshaltung der Frauen wünscht. Das Asylantenproblem dürfte schwer genug wiegen. Vielmehr möchte ich Elisabeth Kopp dafür danken, dass sie es gewagt hat, für dieses Amt zu kandidieren, und wünsche ihr die «innere Überlegenheit», über allem Kleinkram zu stehen. Bei jedem Wechsel im Gesamtbundesrat, ob durch Mann oder Frau, erhoffe ich mir immer das gleiche: etwas mehr gesunden Menschenverstand und weniger «skurrile Würfe» wie z.B. der Tempopointscheid 80/120! Bis jetzt schien das Gegenteil der Fall zu sein. Ob sich etwas ändern wird?

Die Wahl von Elisabeth Kopp hätte für die FDP nicht besser verlaufen können: wir dürfen die erste Bundesrätin stellen und haben (wieder) einen bekannten Parteipräsidenten. Nationalrat Dr. Bruno Hunziker verdient den Dank aller FDP-Frauen, dass er sich als Kandidat zur Verfügung stellte. Die Wahl einer Frau in den Bundesrat wird auf die Gesamtpolitik der Landesregierung nicht mehr Einfluss haben als die Wahl eines Mannes, wohl aber wird die Wahl von Frau Kopp die Akzeptanz der bundesrätlichen Politik im

Volk verstärken. Darüber hinaus wird die Wahl der ersten Frau in den Bundesrat beruhigend auf die Schweizer Frauen-Politzszenen wirken, und man wird besser verständlich machen können, dass es mit der generellen Frauensolidarität über alle Parteigrenzen hinweg nichts ist, indes politisierende Frauen wie Männer den Grundsätzen der eigenen Partei verpflichtet sind. Viele verantwortungsvolle und kritische Augen sind nun auf Frau Kopp gerichtet. Ich lade daher die Mitglieder der FDP-Fraktion der Bundesversammlung ein, unsere beiden Bundesräte nach Kräften zu unterstützen und mitzu-



Dr. Monika Notter, Stadträtin, Bern

helfen, dass beide – nicht zuletzt im Interesse der Partei – nicht allein durch die Wüste stolpern. Alles in allem: die Wahl von Frau Kopp ist ein Akt staatspolitischer Vernunft. Der Dank geht an alle, die sich nach bestem Wissen und Gewissen in dieser Frage eine Meinung gebildet haben und an der Diskussion nicht zuletzt mit dem Stimmzettel teilgenommen haben.

An die sehr erfreuliche Wahl einer ersten (und vorläufig einzigen) Frau in den Bundesrat knüpfe ich nicht die Erwartung einer grundsätzlichen Neuorientierung der Arbeit unserer Landesregierung. Was ich erwarte, sind Akzentverschiebungen: mehr Gelassenheit gegenüber Druckversuchen von allen Seiten und gelegentlich, nicht nur im Bereich des Umweltschutzes, mehr Mut zu notwendigen, aber nicht besonders populären Entscheiden. Da Frau Kopp das Justizdeparte-



Dr. Stéphanie Mörikofer-Zwez, Kaiser-augst

ment übernimmt, hoffe ich darüber hinaus auf eine Beschleunigung der Revision jener Gesetze, welche heute noch im Widerspruch zum Gleichberechtigungsauftrag stehen.

Aktion: FDP-Sportjacke günstiger

Von den beliebten FDP-Sportjacken haben wir noch einen Restposten. Wir geben sie deshalb vergünstigt ab: statt wie bis anhin für Fr. 120.– für Fr. 50.–!

Die FDP-Sportjacke gibt warm, hat abnehmbare Ärmel und kann darum auch als Gilet getragen werden. Zwei grossen Aussentaschen und eine Innentasche machen sie praktisch. Die Jacke lässt sich problemlos in der Waschmaschine waschen. Sie ist in den Grössen S (klein), M (mittel), L (gross) und XL (extragross) erhältlich und sieht sowohl bei Frauen und Männern wie Kindern gut aus!

Mit der FDP-Sportjacke sind Sie auch in den kommenden kalten Tagen wohlbehütet.



Ich bestelle ... Sportjacke, Grössen S - M - L - XL (gewünschte Grösse bitte eingekreisen) à Fr. 50.–

Name _____
Vorname _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____

Talon einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern

Geilinger-Engineering löst Ihre Probleme.

Industrieller Erfolg hängt von vielem ab: Vom System. Von der Organisation. Von der Produktion. Von der Marktsituation. Von der Funktion. Und auch davon, mit wem man für Planung, Beratung und Engineering zusammenspannt.

Geilinger AG
Dept. Planung und Generalbau
CH-8401 Winterthur, Tel. 052/227434
CH-1462 Yvonand, Tel. 024/311731
CH-1227 Genève, Tel. 022/428232



Villiger-Kiel

ghört dezue

villiger

KABA STAR - kopieren gesetzlich verboten.

Wer KABA STAR-Schlüsselkopien unbefugt herstellt, macht sich strafbar. KABA STAR-Duplikate dürfen nur vom Werk und nur gegen Unterschrift der bezugsberechtigten Personen angefertigt werden. Das ist gesetzlich festgelegt. Durch in- und ausländische Patente. KABA STAR ist das Schliess-System, bei dem Sie ein wirklich sicheres Gefühl haben können. Auf lange Sicht. Mehr erfahren Sie bei Ihrem Beschläge- oder Eisenwarenhändler.

BAUER KABA AG
Postfach, 8620 Wetzikon 1
Tel. 01/931 61 11

KABA STAR. Denn Sicherheit beginnt beim Schloss.

OSTSCHWEIZ

Das Haus mit der behaglichen und persönlichen Atmosphäre

Grill-Room · Rôtisserie

P. Musa-Erntson, beim Bahnhof
Tel. (071) 23 35 35
Telex 77135

Officier Maître Rôtisseur
de la Confrérie de la
Chaîne des Rôtisseurs

Charly's Rôtisserie
Gartenrestaurant
Seeterrasse beheizt
Delphin-Bar
Seminar-Departement

Grosser Dachgarten
mit heiztem Schwimmbad
Hot Whirl Pool - Sauna - Fitness
Grosser Parkplatz

ASH
AMBASSADOR SERVICE HOTELS

CH 7320 Arbon. Tel. 071 46 35 35. Telex 77247. Dir. Charles Delway

Am Anfang jeder starken Werbung steht das Inserat.

Am Gallusplatz
Restaurant gastronomique
9000 St. Gallen
(vis-à-vis Kathedrale)
H. J. Sistek, (071) 23 33 30

Das führende Haus mit Ambiance
(erbaut 1606 - restauriert 1974)

Täglich 11.00 bis 14.30 Uhr
18.00 bis 22.00 Uhr

Montag geschlossen

Rôtisserie - Restaurant
Gewölbekeller für Gesellschaften

Cuisine du marché
Eigene Kreationen

In Ihrem Auftrag vermitteln wir Liegenschaften jeder Art.

LIEGENSCHAFTEN

SPALTENSTEIN AG IMMOBILIEN
SIEWERDTSTRASSE 8, 8050 ZÜRICH
TEL. 01 3161333, TELEX 822621 (SBM)

Der ist nicht wert des Weines, der ihn wie Wasser trinkt

Bodenstedt

Viel Liebe und Sorgfalt steckt in jedem Tropfen Wein. Die harte Arbeit des Weinbauern und die unumschränkte Sorgfalt des Kellermeisters drücken jeder Flasche guten Weines den unverkennbaren Stempel auf. Drum ist es wirklich schade, wenn ihn jemand wie Wasser trinkt.

Zum Glück aber gibt es weitaus mehr echte Weinfreunde, die den guten Tropfen sehr zu schätzen wissen. Und all jenen gilt unsere Arbeit für den Wein, die durch langjährige Erfahrung geprägt ist. Seit über 200 Jahren beschäftigt sich unser Haus mit der Pflege der Weine, und von Generation zu Generation wird das liebevolle Verständnis für dieses herrliche Naturgut weitergegeben.

Rufen Sie uns an (Telefon 043 21 20 81) oder schicken Sie uns eine Postkarte. Sie erhalten von uns dann umgehend völlig unverbindlich unser «Wibüechli» - eine köstliche Lektion für jeden Weinfreund.

St.-Jakobs-Kellerei
Schuler & Cie. AG
Schwyz und Luzern
Franzosenstrasse 14
6423 Seewen-Schwyz

FIFDP03508

LBZ verkauft:

Eigentumswohnungen in unverbaubarer Aussichtslage an der Kürbergstrasse in Zürich-Höngg

6-Zimmerwohnungen in renoviertem Altbau

4 1/2-Zimmer-Dachwohnung in renoviertem Altbau

4 1/2-Zimmer-Maisonette-Wohnungen in Neubau

2 1/2-Zimmer-Attikawohnung in Neubau

Günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Zeitgemässer, gepflegter Ausbau. Bezug: Frühjahr 1985. Auskunft und Dokumentation:

LBZ
Libérale Baugenossenschaft Zürich
Freiestrasse 47, 8032 Zürich
Verkauf: Telefon 01 31613 50

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Introduction

die Partnerwahl für Anspruchsvolle seit 1956.

Frau M. Th. Kläy
Neuengasse 45, 3001 Bern
Telefon 031/22 21 12

Verlangen Sie die Unterlagen, Sie werden weder angerufen noch von einem Vertreter besucht.
(Überregional/International)
(Staatlich eingetragen)

Werner F. Nauer
Beratungen

-Rekrutierung/Selektion leistungswillige Nachwuchskräfte, Kader, Verkaufsteile

-Eignungsuntersuchungen

Rüdenplatz 4 8001 Zürich Tel. 471515

ST. GALLER SPITZE.

EDELSPEZ
Südküchengarten

TENNISHALLEN

<p>Aarau</p> <p>Tennis- und Squash-Center Aarau, Neumattstr. 29, 5004 Aarau. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.- bis Fr. 29.-. Saisonabonnement: 30 Stunden Fr. 18.- bis Fr. 29.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 064/22 66 88.</p>	<p>Chur</p> <p>TC Chur, 7000 Chur. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Belag: Teppich. Reservation: 081/24 21 31.</p>	<p>Dietikon</p> <p>Tenniscenter Lerzen, Lerzenstr. 27, 8953 Dietikon. Anzahl Plätze gedeckt: 5. Belag: Velours. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.- bis Fr. 35.-. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 600.- bis Fr. 950.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 01/740 11 66.</p>	<p>Langenthal</p> <p>Tenniscenter Dreilinden, 4900 Langenthal. Anzahl Plätze gedeckt: 5. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.- bis Fr. 31.-. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 400.- bis Fr. 840.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 063/22 22 29.</p>	<p>Pratteln</p> <p>Tennishalle in den Sandgruben. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Belag: Granulat. Fr. 20.-/22.- pro Std. Reservation: 061/81 62 71.</p>
<p>Aesch</p> <p>Tennis und Racquetball Aesch, Eichacherstr. 14, 8904 Aesch b. Birmensdorf. Anzahl Plätze gedeckt: 6. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 19.- bis Fr. 37.-. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 510.- bis Fr. 1050.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 01/737 31 66.</p>	<p>Dierikon</p> <p>Tenniscenter Dierikon, Tennisclub Migros, Kantonsstrasse, 6036 Dierikon. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 041/91 28 98.</p>	<p>Münsingen</p> <p>Hallentennisclub AG, Sandreutenen 1, 3110 Münsingen. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.- bis Fr. 28.-. Saisonabonnement: 28 Std. von Fr. 504.- bis Fr. 728.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 031/92 41 92.</p>	<p>Rümikon</p> <p>Tenniscenter Groval AG, 8352 Rümikon. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Reservation: 052/36 12 47.</p>	<p>Zürich</p> <p>Grasshopper-Halle. August-Forel-Strasse, 8008 Zürich. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Nur für Mitglieder des TC Grasshopper.</p>
<p>Arosa</p> <p>Park Hotel, 7050 Arosa. Anzahl Plätze gedeckt: 1. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 30.- bis Fr. 35.-. 10er-Abo Fr. 120.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 081/31 01 65.</p>	<p>Küblis</p> <p>Tennis-Center, 7240 Küblis. Anzahl Plätze gedeckt: 4. Belag: Teppich. 5 Aussensandplätze. Preis pro Einzelstunde: Fr. 20.- bis Fr. 30.-. Saisonabonnement: 30 Std. von Fr. 650.- bis Fr. 690.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 981/54 30 30.</p>	<p>Nidau</p> <p>Tennishalle Zühl AG, Zühlstrasse 74, 2560 Nidau. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 032/23 69 39.</p>	<p>Zürich</p> <p>SC Bankverein, Bucheggplatz. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation: 01/361 09 22.</p>	<p>Zürich</p> <p>TC Schweiz. Bankgesellschaft, Oberer Heulsteig, 8032 Zürich. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation (beschränkt möglich): 01/234 35 25.</p>
<p>Basel</p> <p>Sporthalle St. Jakob, Brüglingerstr. 21, 4000 Basel. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Kunststoff. Reservation: 061/42 88 96.</p>	<p>Lachen</p> <p>Tennishalle March, Feldmoosstr. 49, 8853 Lachen. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Teppich. Preis pro Einzelstunde: Fr. 22.- bis Fr. 32.-. Einzelaktionen, Gruppenkurse. Reservation: 055/63 43 22.</p>	<p>Oberengstringen</p> <p>Tenniscenter-Träff, Neugutstr. 3, 8102 Oberengstringen. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Belag: Velours. Reservation: 01/750 40 50.</p>	<p>Zürich</p> <p>TC Schweiz. Bankgesellschaft, Oberer Heulsteig, 8032 Zürich. Anzahl Plätze gedeckt: 2. Reservation (beschränkt möglich): 01/234 35 25.</p>	
<p>Bern</p> <p>Hallen-TC, Guisanplatz, 3004 Bern. Anzahl Plätze gedeckt: 3. Reservation: 031/41 42 11.</p>				



An einem ausserordentlichen Fraktionsessen feierte die FDP-Fraktion der Bundesversammlung zusammen mit weiteren Gästen nicht nur die neue Bundesrätin: Mit herzlichem Applaus wurde auch von Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich Abschied genommen, dessen Verdienste Fraktionspräsident Nationalrat Jean-Jacques Cevey (Montreux) würdigte (rechts). (Photo ruti)

Aus einer Rede von Bundesrat Friedrich

Staat und Wirtschaft sind keine Gegensätze

In einer vielbeachteten Ansprache hat sich Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich anlässlich des Festaktes zum Jubiläum 150 Jahre Sulzer in Winterthur zum Problemkreis Staat und Wirtschaft geäussert. Nachstehend die wesentlichsten Passagen seiner Ausführungen:

Übereinstimmung aller im Unternehmen Tätigen in den Zielen freiheitlicher Ordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft und die überschaubaren Verhältnisse einer in den ersten Jahrzehnten noch kleinen Zahl von Mitarbeitern liessen trotz den damaligen strapaziösen Arbeitszeiten und trotz bescheidenen Löhnen keine sozialen Gegensätze in dem Ausland aufkommen, wie sie im Ausland entstanden. Unternehmer und Mitarbeiter aller Stufen blie-

ben sich in Winterthur immer näher. Das politische Pendel schlug in der „Stadt der Arbeit“ glücklicherweise nie extrem aus. Möge es auch künftig so sein!

Solches Zusammenwirken, das auf schweizerischer Ebene im Friedensabkommen von 1937 eine Bestätigung gefunden hat, erscheint als eine der entscheidenden Konstanten in der Entwicklung der Firma Sulzer. Es bildet die Grundlage der auf hervorragende Produkte abgestützten Erfolge, Erfolge, die nach wie vor nur in engem Zusammenwirken von unternehmerischer Führung, Forschung, Planung und qualitativ hochstehender Fertigung auf jedem Arbeitsplatz möglich sind. Und hinter all dem steht eine auf das Ganze ausgerichtete Bereitschaft zu persönlicher Leistung als weitere entscheidende Voraussetzung.

Darauf kommt es in besonderem Masse an in der gegenwärtigen Zeit eines durch rasche technologische Entwicklungen ausgelösten Strukturwandels in der industriellen Produktion. In solcher Lage, in der sich über die aktuellen weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten hinaus eine strukturell bedingte Gefährdung von Arbeitsplätzen abzeichnet, geht es, wie in schwierigen Lagen früherer Jahrzehnte, zuvorderst um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Der Bundesrat verfolgt diese für grosse Teile der schweizerischen Industrie entscheidende Herausforderung mit besorgter Aufmerksamkeit. Er setzt seine bestimmte Hoffnung darauf, dass sich die Massnahmen, die das Bestehen im internationalen Wettbewerb erfordert, in der bewährten

Sozialpartnerschaft auch in Zukunft zum Erfolg führen lassen. Besondere Sorge wird auch darauf zu richten sein, dass strukturelle Anpassungen, wo immer möglich, ohne allzu grosse Härten für die Betroffenen durchführbar bleiben. Es wird freilich nicht leicht sein, die bestehenden Strukturen auf den Wandel in der industriellen Produktionstechnik auszurichten und wegfallende Arbeitsplätze durch neue zu ersetzen. Da ist vertrauensvolle Zusammenarbeit von Unternehmensleitung und Arbeitnehmern erst recht von entscheidender Bedeutung.

Der Bundesrat ist nach wie vor bereit, die Anstrengungen der Wirtschaft zu unterstützen, wo immer sich geeignete Möglichkeiten zeigen. Er denkt dabei stets auch an die Arbeitnehmer, die von wirtschaftlichen Einbrüchen oder vom Zwang betrieblicher Umstellungen betroffen sind. Unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung, in der sich die Wirtschaft zum Wohl aller zu ihrer heutigen Bedeutung entwickelt hat, weist dem Staat die Rolle des Helfers zu, belässt aber der Wirtschaft selbst unmissverständlich die primäre Verantwortung. Um es ganz deutlich zu sagen: der Staat soll nicht selber wirtschaften oder die Wirtschaft am Gängelband führen.

Ziel und Wirksamkeit staatlicher Hilfen sind deswegen nicht gering zu veranschlagen. Wesentliches Anliegen staatlicher Hilfestellung bilden Rahmenbedingungen, die der Wirtschaft das unerlässliche Mass an Bewegungsfreiheit und ein Klima sichern, in dem sie sich entfalten kann. Zu diesem Rahmen zählen eine gute ausgebaute Infrastruktur und soziale Sicherheit, sodann die Instrumente unserer Aussenhandelspolitik und der diplomatischen Vertretungen. Eine wesentliche Stütze der Exportwirtschaft ist die Exportrisikogarantie, und nicht zu übersehen sind die Leistungen des Staates in der Berufsbildung und in der Forschung an den Hochschulen.

Zusammenarbeit von Staat und Wirtschaft bleibt unvermeidlich von Spannungen überlagert. In der Wirtschaft herrscht vielfach die Meinung, behördlicher Eifer führe zu einem Übermass an staatlicher Intervention. Je nach Standort und Branche herrschen indessen über die Zweckmässigkeit oder Notwendigkeit fördernder Massnahmen in der Wirtschaft selber recht unterschiedliche Auffassungen.

Reibungsflächen in den Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft sind unvermeidlich programmiert in Fragen der fiskalischen Belastung, der Konjunktur- und Währungspolitik, der Regelungen auf dem Arbeitsmarkt, des Arbeits- und Kartellrechts sowie des Konsumentenschutzes. Der Bundesrat ist sich bei seinen Entscheidungen bewusst, dass es in diesen Bereichen um wesentliche Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit und auf die Ertragskraft der Unternehmen geht. Er muss aber auch auf Verständnis dafür zählen, dass im Gesamtinteresse des Landes von Fall zu Fall Härten für einzelne Industriezweige unvermeidlich sind. Als ein Beispiel mögen die Anforderungen genügen, die der Vollzug des Umweltschutzes an die Wirtschaft stellt.

Sondernummer der «Politischen Rundschau»

Eherechts-Referendum: Ja oder Nein?

Soll das Referendum gegen das von den eidgenössischen Räten in der Herbstsession verabschiedete neue Eherecht unterstützt werden? Die neuste Ausgabe der «Politischen Rundschau», der Vierteljahresschrift der FDP der Schweiz, bringt einen solchen Schritt befürwortende und ablehnende Beiträge. Aufsätze haben verfasst: Grossrätin Anne Petitpierre, Ständerat Arthur Hänsenberger sowie die Nationalräte Hans-Rudolf Früh und Dr. Hans Georg Lüchinger.

Nachstehend sind die Kernpunkte des neuen Eherechts zusammengefasst:

● Mit der Trauung verpflichten sich die Ehegatten gegenseitig, «das Wohl der Gemeinschaft in einträchtigem Zusammenwirken zu wahren und für die Kinder gemeinsam zu sorgen». Das Gesetz verteilt aber keine Rollen mehr: Wie sich Mann und Frau den Alltag einrichten, ist ihnen überlassen. Damit entfällt die alleinige Unterhaltspflicht des Mannes.

● Die Frau übernimmt mit der Heirat den Namen des Mannes, sofern sie auf dem Zivilstandsamt nicht erklärt, sie wolle ihren bisherigen Namen dem Familiennamen voranstellen. In diesem Fall heissen die Kinder wie der Vater. Bereits verheiratete Frauen haben nach Inkrafttreten des Gesetzes während eines Jahres die Möglichkeit, sich nachträglich für diese Variante zu entscheiden. Wenn achtenswerte Gründe vorliegen, können ferner die Brautleute den Namen der Frau als Familiennamen wählen.

● Die Frau kann ihr Bürgerrecht behalten und erwirbt jenes ihres Mannes dazu. Die Kinder erhalten den Namen und das Bürgerrecht des Vaters.

● Die Ehegatten bestimmen gemeinsam die eheliche Wohnung. Auch für die Kündigung und den Verkauf von Wohnung oder Haus ist die Zustimmung des Partners nötig.

● Die beiden Partner verwalten und nutzen ihr Vermögen und ihre Einkünfte selbst; der haushaltführende Ehegatte muss aber regelmässig einen angemessenen Betrag zur freien Verfügung erhalten. Dabei sind eigene Einkünfte und eine verantwortungsbewusste Vorsorge für Familie, Beruf oder Gewerbe zu berücksichtigen. Wer – in Form von Arbeit oder Geld – erheblich mehr an den Unterhalt der Familie beigetragen hat, als er verpflichtet war, kann einen Ausgleich bean-

spruchen. Die Ehegatten müssen einander über ihre finanziellen Verhältnisse Auskunft geben. Jeder Ehegatte haftet nur für seine eigenen Schulden.

● Bei der Wahl und der Ausübung eines Berufes oder Gewerbes nimmt jeder Ehegatte auf den andern und die Interessen der Familie Rücksicht.

● Als «normaler» Güterstand gilt neu die Errungenschaftsbeteiligung statt der heutigen Güterverbindung. Nach der Auflösung der Ehe, sei es durch Scheidung oder Tod, wird das von Mann und Frau während der Ehe erwirtschaftete Vermögen (Errungenschaft) hälftig geteilt. Durch einen Ehevertrag können die gesetzlichen Bestimmungen geändert werden. So können Vermögenswerte, die für die Ausübung eines Berufes oder Gewerbes bestimmt sind, von der Errungenschaft ausgeschlossen werden. Es wird inskünftig auch möglich sein, dem überlebenden Ehegatten die ganze Errungenschaft zu hinterlassen. – Durch Ehevertrag kann auch statt der Errungenschaftsbeteiligung die Gütertrennung oder die Gütergemeinschaft vereinbart werden.

● Ehegatten, die heute in Güterverbindung leben, werden dem neuen Recht unterstellt, sofern sie nicht innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes in einer gemeinsamen schriftlichen Erklärung zuhanden des Güterrechtsregisteramtes etwas anderes bestimmen.

● Erfüllt ein Ehegatte seine Pflichten der Familie gegenüber nicht oder sind die Ehegatten in einer wichtigen Angelegenheit uneins, so können sie den Richter um Vermittlung anrufen.

● Im Erbrecht wird der überlebende Ehegatte gegenüber heute besser gestellt. Wenn beispielsweise gemeinsame Nachkommen vorhanden sind, hat er einen gesetzlichen Anspruch auf die Hälfte des Erbes (bisher nur ein Viertel).

Terminkalender für 1985 der FDP der Schweiz

Januar	25. 15.45	Geschäftsleitung
	26. 16.45	Delegiertenrat
	26. 10.00	a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
März	4. 10.45	Geschäftsleitung
	29. evtl.	Delegiertenrat
April	18. nachm.	Geschäftsleitung (Davos)
	19. mittags	Delegiertenrat (Davos)
	19./20.	Parteitag (Davos)
Mai	10. 10.45	Geschäftsleitung
Juni	21.	Geschäftsleitung
		Delegiertenrat
August	16.	Geschäftsleitung
	17. nachm.	Delegiertenrat
	17. 10.00	a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
Oktober	4.	Geschäftsleitung
November	1. nachm.	Geschäftsleitung
	2. 10.00	Delegiertenrat
		a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
Dezember	13.	Geschäftsleitung

Unsere Spezialität:
Vermögensverwaltung –
persönlich,
leistungsbezogen,
integral.

Unsere Anlagepolitik:
Traditionell schweizerisch –
weltweit orientiert.

BANK VONTOBEL
Zürich

Bahnhofstrasse 3 CH-8022 Zürich
Tel. Bank: 01/488 71 11 Tel. Börse: 01/211 82 70
Telegramm: CAPBANK Telex: 812306

Bitte senden Sie mir Exemplare der «Politischen Rundschau» Nr. 2/84 zum Thema «Eherechts-Referendum: Ja oder Nein?» zum Preis von Fr. 3.– je Exemplar.

Name/Vorname _____

Strasse _____

PLZ/Wohnort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Talon einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern

Ausblick auf den nächsten eidgenössischen Urnengang

Vor dem 2. Dezember

Wenige Wochen nach dem letzten eidgenössischen Abstimmungswochenende steht das nächste bereits an: Am 1./2. Dezember haben Volk und Stände zu drei Vorlagen auf Verfassungsstufe Stellung zu beziehen. Zwei Geschäfte werden von Bundesrat und Parlament zur Annahme empfohlen – ein Radio- und Fernsehartikel der Bundesverfassung sowie ein Gegenvorschlag der Bundesversammlung zur (zurückgezogenen) Initiative «zur Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen» –, während für die dritte Vorlage, die Initiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft», der Antrag auf Verwerfung gestellt wurde. Christian Beusch hat die drei Vorlagen zusammengefasst.

Der Abstimmungsreigen wird sich auch im kommenden Jahr fortsetzen: Bereits liegen mehrere entscheidungsreife Geschäfte vor, weitere werden dieses Stadium nach der definitiven Beschlussfassung in den eidgenössischen Räten in den nächsten Sessionen erreichen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass bei mehreren Gesetzesvorlagen vom Referendumsrecht Gebrauch gemacht wird.

Falsch verstandener Mutterschutz

Die Mutterschutz-Initiative wurde Anfang 1980 eingereicht. Lanciert wurde sie von der Organisation für die Sache der Frau (Ofra) mit Unterstützung der politischen Linken (SPS PdA, Poch, RML) sowie Feministinnen. Verlangt werden die Schaffung einer obligatorischen und allgemeinen Mutterschaftsversicherung, die Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubes, die vollständige Deckung aller Arzt-, Pflege- und Spitalkosten infolge Schwangerschaft und Geburt, die Einführung eines Elternurlaubes von mindestens neun Monaten Dauer, der dem Vater oder der Mutter oder beiden teilweise zukommt. Nach Vorstellung der Initianten sollte die Finanzierung dieser Leistungen durch Subventionen von Bund und Kantonen sowie lohnprozentualen Beiträgen von Arbeitgebern und -nehmern gemäss AHV-Modell sichergestellt werden.

Sowohl Bundesrat wie Parlament lehnen die Initiative ab. Sie stellten ihr auch keinen direkten Gegenvorschlag gegenüber, verwiesen aber darauf, dass mit der

gegenwärtig in den Räten zur Debatte stehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes ein indirekter Gegenvorschlag vorliege, der zum Teil den Begehren in der Initiative entgegenkomme. Kritisiert wurde zudem, dass nach einer Annahme des Volksbegehrens der Spielraum des Gesetzgebers eingeengt und die Anpassung an künftige Postulate in der Familien- und Sozialpolitik erschwert würde. Die geltende Verfassungsgrundlage genüge, um den Gedanken des Mutterschaftsschutzes weiterentwickeln zu können. Die gestellten Begehren, insbesondere die Schaffung eines neunmonatigen Elternurlaubes, seien finanziell nicht verkraftbar, da mit Mehrkosten von 1,2 Milliarden Franken gerechnet wird. Die Initiative, die feministische Züge trage, gehe von einem falsch verstandenen Mutterschutz aus.

Langer Weg zu einem Radio- und Fernsehartikel

Findet am ersten Dezemberwochenende das lange Ringen um einen Radio- und Fernsehartikel seinen Abschluss? Sowohl 1957 wie 1976 wurden entsprechende Vorlagen vom Souverän abgelehnt. Den beiden gescheiterten Anläufen wie auch dem zur Debatte stehenden lag die Idee zugrunde, dass endlich eine ausreichende Rechtsgrundlage für die elektronischen Medien geschaffen werden müsse, da die geltende Regelung auf der Basis des Postregals als ungenügend erachtet wird.

Das Nein von 1957 war vor allem eine Misstrauenskundgebung

gegenüber dem damals noch wenig verbreiteten Fernsehen. Die Kampagne der Gegnerschaft stand unter dem Slogan «Kein Radiofranken für das Fernsehen». Vielfältiger waren die Beweggründe 1976: Den einen war die Vorlage zu unbestimmt, für die anderen, vor allem den Medienschaffenden selbst, enthielt sie ein zu enges Korsett.

Da aber in beiden Abstimmungsdebatten der Grundsatz, wonach eine bessere rechtliche Grundlage geschaffen werden muss, unbestritten blieb, unternahm der Bundesrat einen dritten Anlauf. Sein Antrag an die eidgenössischen Räte wurde von diesen allerdings in einem harten Ringen zum Teil stark geändert. In der zur Abstimmung gelangenden Fassung wird festgehalten, dass die Gesetzgebung über Radio und Fernsehen sowie über andere Formen der fernmeldetechnischen Verbreitung von Darbietungen und Informationen Sache des Bundes ist. So ist nicht nur die SRG, sondern sind auch die anderen neuen Medienformen (Lokalradios, Satellitenfernsehen usw.) eingeschlossen. Im weiteren enthält der Artikel einen Leistungsauftrag. Er nimmt ausdrücklich Rücksicht auf die Presse und institutionalisiert die bereits geschaffene unabhängige Beschwerdeinstanz. Er ist föderalistisch ausgerichtet, gibt den Programmschaffenden den nötigen freiheitlichen Rahmen, zugleich aber auch die Verantwortung.

Hilfe für Opfer von Gewaltverbrechen

Im Herbst 1980 reichte der «Beobachter» eine Initiative «zur Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen» ein. Darin wurde verlangt, dass der Staat die Opfer vorsätzlicher Straftaten angemessen entschädigt. Der Bundesrat anerkannte, dass das geltende Recht Mängel aufweist, und vertrat die Ansicht, dass sich der Staat aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit der Opfer von Straftaten vermehrt annehmen müsse; vor allem in jenen Fällen, wo der Täter unbekannt, flüchtig, zahlungsunfähig oder unzurechnungsfähig ist.

Der Bundesrat erachtete die Initiative jedoch als zu eng gefasst und beantragte den eidgenössischen Räten deren Ablehnung, jedoch Gutheissung eines direkten Gegenvorschlages, der eine weiterherzige Lösung vorschlägt. Zum einen soll nicht nur bei vorsätzlich, sondern auch fahrlässig begangenen Gewaltverbrechen

Einladung zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz

Samstag, 3. November 1984, 10.00 Uhr in Bern, Kursaal (Leuchtersaal)

1. Begrüssung durch den Parteipräsidenten
 2. Innenpolitische Lagebeurteilung durch Nationalrat Jean-Jacques Cvevey, Fraktionspräsident
 3. Orientierung über die Beschlussfassung des Delegiertenrates zur Parolenempfehlung für die eidgenössische Volksabstimmung vom 2. Dezember 1984
 - über den Radio- und Fernsehartikel
 - über den Gegenentwurf zur Initiative Entschädigung der Opfer von Gewaltverbrechen
 4. Orientierung und Beschlussfassung zur eidgenössischen Abstimmungsvorlage über die Initiative zum Schutze der Mutterschaft
 - Einleitende Kurzreferate von
 - Frau Grossrätin Dr. Marie Boehlen, Bern, als Vertreterin des Initiativkomitees
 - Frau Nationalrätin Geneviève Aubry (contra)
 5. Verschiedenes
- Zu dieser Veranstaltung sind alle Parteimitglieder (mit beratender Stimme) herzlich eingeladen.

Hilfe geboten werden. Zum anderen soll diese Hilfe rasch, unbürokratisch und moralisch wie materiell sein.

Nachdem sich die eidgenössischen Räte deutlich für den Gegenvorschlag entschieden, zogen die Initianten ihr Volksbegehren zurück und sprechen sich für Unterstützung des Gegenvorschlages

aus. Sollte dieser von Volk und Ständen gutgeheissen werden, so haben Bund und Kantone inskünftig dafür zu sorgen, dass die Opfer von Straftaten gegen Leib und Leben Hilfe erhalten. Dazu gehört eine angemessene Entschädigung, wenn die Opfer infolge der Straftat in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Fortsetzung von Seite 1

Parteimitgliedern bewusst. Obschon ein Bundesrat nicht mehr im Mittelpunkt der parteipolitischen Auseinandersetzung stehen kann, vertritt er im Siebnerkollegium und im Departement eben immer die politische Leitlinie jener Partei, die ihn für dieses Amt nominierte. Unsere liberale Leitlinie scheint mir für die Führung unseres Staatswesens schon darum die allerbeste zu sein, weil eine bessere bisher nie und nirgends vorgeschlagen worden ist.

Halten wir heute und für immer fest, dass gerade aus der liberalen Idee kein Blankocheck für ein starres Verharren irgendwelcher Art gemacht werden darf. Liberalismus muss offen bleiben, wenn er nicht sich selbst widersprechen soll.

Der «kleine Unterschied»

Nachdem heute erstmals eine Frau in die Landesregierung gewählt worden ist, mögen sich einige knappe Bemerkungen zum «kleinen Unterschied» aus meiner Sicht rechtfertigen. Sicher trifft es zu, dass der Wunsch nach einer Frau diese Bundesratswahl in irgendeiner Weise beeinflusst haben mag. Ich durfte von Frauen – wie übrigens auch von Männern – weit über alle Partei-

grenzen hinweg Unterstützung erfahren.

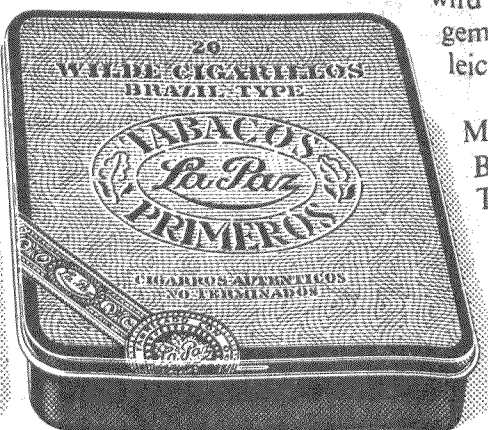
Und nun zu einer Frage, die mir praktisch in jedem Interview gestellt wurde: Warum ist es wichtig, dass auch in der Landesregierung eine Frau sitzt, und was werden Sie als Frau anders machen? Dazu darf ich festhalten, dass ich mich schon deshalb nie besonders angestrengt habe, idealtypisch wie eine Frau zu politisieren, ganz einfach, weil es offensichtlich eine für Frauen idealtypische Form gar nicht gibt. Ich beschäftige mich lieber mit politischen Problemen als mit mir selber und meinem Echo als Frau.

Wenn ich immer die Meinung vertreten habe, dass die Frauen im Bundesrat vertreten sein sollten, so deshalb, weil die Frauen einen zusätzlichen Erfahrungsbereich mit in die Politik hineinbringen. Der Grund, warum Frauen in allen politischen Gremien mitarbeiten sollten, ist nicht, dass sie es ebensogut können wie Männer, sondern weil sie in verschiedenen Sachfragen unter Umständen andere Wertungen mit einbringen. Und nicht zuletzt bedeutet die Wahl einer Frau in die oberste Landesregierung eine Anerkennung für die Arbeit, die die Frauen auch auf politischem Gebiet seit vielen Jahren geleistet haben.

Wilde Brazil aus echtem Brasil.



10 Stück / Fr. 7.-



20 Stück / Fr. 8.50

Nicht jede dunkle Cigarre ist eine echte Brasil. Denn nicht jede «Brasil» wird aus echten Brasil-Tabaken mit einem makellosen Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia gemacht. Darum hat auch nicht jede «Brasil» den tropisch warmen Duft mit dem leicht süsslichen Aroma der echten Brasil-Cigarre.

La Paz macht die Brasil so, wie eine Brasil sein soll: Aus Brasil-Tabaken. Mit eigenem Charakter; mild, aber voll im Geschmack. Mit dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. Aus sorgfältig ausgewählten Tabaken der besten Provenienzen. In Ruhe gereift und langsam fermentiert, damit sich der ganze Reichtum des Aromas entwickelt. Und ohne Retusche.

La Paz Wilde Brazil werden mit Behutsamkeit und traditioneller Fachkenntnis hergestellt. So, wie es sich gehört. Brasil-Raucher schätzen das.



Cigarros Autenticos.

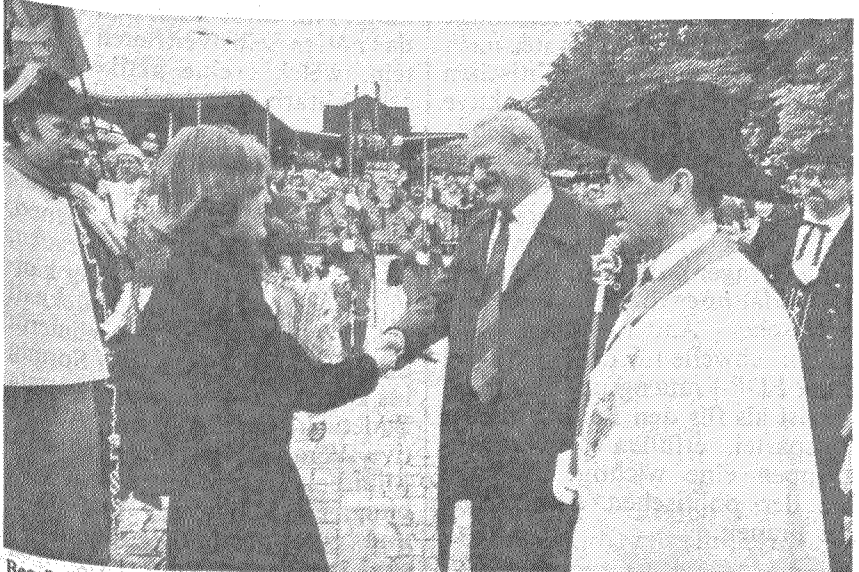
Etappen einer Bundesratswahl



Warten auf den Entscheid der FDP-Fraktion der Bundesversammlung bei Kaffee und Kuchen im Café Vallotton des Bundeshauses.



Flankiert von Weibeln bei der Vereidigung.



Begrüssung durch den Zürcher Regierungspräsidenten Albert Sigrist in Oerlikon.



Halt des Extrazuges für die Bundesratsfeier nach Zürich Oerlikon in Herzogenbuchsee, von dessen Nachbargemeinde Niederönz Frau Kopp ebenfalls Bürgerin ist. Sinniges Geschenk der Niederönzler, die zu Hunderten der ersten Bundesrätin einen begeisterten Empfang bereiteten, war – für die bereits Schafhalterin – ein Schaf.



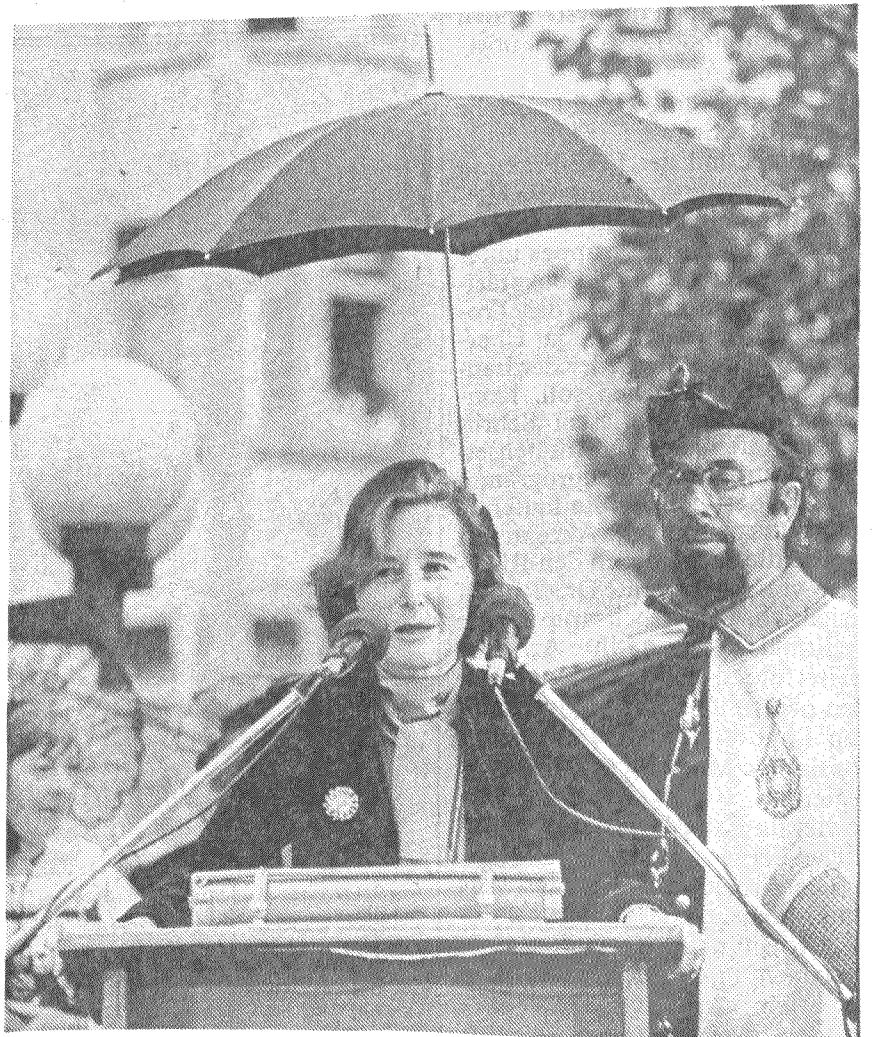
Ankunft in Zürich Oerlikon – nachdem sich der Zürcher Regierungsrat trotz Insistieren der FDP der Schweiz und des Kantons Zürich einmal mehr nicht bereit finden konnte, die Bundesratsfeier in einem würdigeren Rahmen durchzuführen: Die Innenstadt bleibt offensichtlich bestimmten Gruppierungen vorbehalten ...



Interviews noch und noch: Journalisten des Zweiten Deutschen Fernsehens.



Zusammen mit den neuen Kollegen, dem Vorgänger sowie dem Bundeskanzler.



Die vor der Unbill der Witterung beschützte Bundesrätin in Oerlikon.

(Photos ruti)

Überlastung von Bundesrat und Parlament als Dauerthema

Weniger Papier – mehr Politik

Die Überlastung von Bundesrat und Parlament ist ein altes Thema; die Klagen darüber sind bald ein Dauerbrenner. Die FDP-Fraktion der Bundesversammlung hat in der Herbstsession einen Vorstoss zur Entlastung der Landesregierung eingereicht, worüber «Der Freisinn» nachstehend einlässlich informiert. Die Bundeshausjournalistin Dr. Beatrice Steinmann hat eigene Überlegungen zum Thema Überlastung angestellt: Ihre Meinung können Sie ebenfalls nachstehend lesen.

Im FDP-Vorstoss werden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Zusammenarbeit zwischen Bundesrat und eidgenössischen Räten vereinfacht werden könnte.

In ihrem Kommentar äussert sich die langjährige Bundeshausjournalistin Beatrice Steinmann kritisch zur Haltung des Parlamentes.

Motion der FDP-Fraktion der Bundesversammlung zur Entlastung der Bundesräte

Trotz den Bemühungen zu einer Zurücknahme des Schrittmasses ist ein Anwachsen der Staatstätigkeit und damit der Geschäftslast des Bundesrates zu registrieren. Zusammen mit der zunehmenden Komplexität der politischen Probleme führt dies zu einer immer stärkeren zeitlichen Belastung der Bundesräte. Die Inanspruchnahme durch parlamentarische Geschäfte in Kommissionen und im Plenum der Räte, durch die Fülle der Departements- und Regierungsgeschäfte und durch den Umfang der administrativen Aufgaben grenzt die der Landesregierung für Grundsatzfragen zur Verfügung stehende Zeit immer mehr ein. Deshalb hat die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung eine Motion eingereicht, die auf eine Entlastung der Bundesräte abzielt und entsprechende Massnahmen fordert. Der Vorstoss wurde im Nationalrat von Fraktionspräsident Jean-Jacques Cevey (VD) und in der kleinen Kammer vom Tessiner Standesherrn Franco Masoni deponiert.

Im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten will sich die FDP-Fraktion auch inskünftig für eine Verwesentlichung der Staatstätigkeit einsetzen. Damit der Bund seine Handlungsfähigkeit gegenüber neuen Problemen bewahren kann, müssen vermehrt Prioritäten bei den bestehenden Bundesaufgaben gesetzt werden. Nach Meinung der freisinnigen Fraktion kann der Staat nicht mehr alles, was gesellschaftlich wünschbar ist, realisieren: Kosten und Nutzen müssen nicht nur bei neuen, sondern auch bei bestehenden Aufgaben und Leistungen überprüft werden.

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hatte zusammen mit der FDP-Fraktion der Bundesversammlung zu Beginn der laufenden Legislaturperiode eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Fraktionspräsidenten konstituiert, die das Problem der Überlastung, ja Überforderung der Mitglieder der Landesregierung angehen soll. Konkreter Anlass zu diesem Schritt war die fehlende Prioritätensetzung im Richtlinienprogramm des Bundesrates für die laufende Legislaturperiode. Akzentuiert wurde die Frage durch den Rücktritt von Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich. Der Arbeitsgruppe, die mehrmals tagte und ihre Arbeiten weiterführen will, gehören neben den beiden amtierenden freisinnigen Bundesräten auch ehemalige freisinnige Mitglieder der Landesregierung, FDP-Parlamentarier sowie als Experte Prof. Dr. Kurt Eichenberger an.

Die Arbeitsgruppe suchte eine Entlastung der Bundesräte in zwei Richtungen: gegenüber dem Parlament und in der Leitung des Departementes. Für das Gremium standen zwei Lösungen im Vordergrund: einerseits die verstärkte

und verbesserte Ausnutzung der bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten sowie deren Ausbau, ohne dass einschneidende Neuerungen, insbesondere Verfassungsrevisionen, nötig sind. Andererseits Änderungen grösseren Ausmasses, wie beispielsweise die Schaffung von Staatssekretären-Posten in allen Departementen oder die Aufwertung der Funktionen der Generalsekretäre der Departemente sowie Amtsdirektoren. Ausser Betracht fiel eine Erhöhung der Zahl der Bundesräte, da damit das Kollegialsystem, an welchem die Arbeitsgruppe festhalten will, nicht mehr funktionsfähig wäre. Abgelehnt wurden sowohl die Idee der Einsetzung eines vorrangigen und mehrjährigen Bundespräsidenten wie die Bildung eines Präsidialdepartements.

Die Arbeitsgruppe stellte in ihren Überlegungen fest, dass im Laufe der letzten Jahre und Jahr-

Beatrice Steinmann: Die Überlastung von Parlament und Bundesrat

Die Klagen über die Arbeitsüberlastung von Bundesrat und Parlament sind ein Dauerbrenner – aber deswegen nicht weniger ernst zu nehmen. Dabei beklagt sich das Parlament, vor allem der Nationalrat, weit häufiger als etwa der Bundesrat. Die Ständeräte, obwohl auch sie Milizparlamentarier sind, werden merkwürdigerweise fast spielend mit allem fertig. Der Ständerat kommt mit kürzeren Sessionswochen und mit knapperen Sitzungen aus. Die Ar-

beitslast wäre dieselbe. Aber man geht mit den Worten sparsamer um, vermeidet die ideologischen Höhenflüge, die letztlich doch nichts bringen, und hat auch weniger das Bedürfnis, sich vor den Wählern zu produzieren.

beitslast wäre dieselbe. Aber man geht mit den Worten sparsamer um, vermeidet die ideologischen Höhenflüge, die letztlich doch nichts bringen, und hat auch weniger das Bedürfnis, sich vor den Wählern zu produzieren.

- Erweiterung der Vertretungsmöglichkeiten in Parlamentskommissionen und bei deren Beratungen im Plenum der Räte.
- Entlastung von Geschäften von untergeordneter Bedeutung und von administrativen Detailfragen.
- Anordnung organisatorischer Massnahmen, um den Verkehr zwischen den Departementen und zwischen Bundesrat und Parlament zu erleichtern.

Selbstverschuldete Arbeitsüberlastung

Die Arbeitsüberlastung des Nationalrates ist zum grössten Teil selbstgemacht. Nicht nur ergeht



Am 2. Oktober 1984 wurde von der Vereinigten Bundesversammlung nicht nur die erste Bundesrätin gewählt, sondern auch die erste Versicherungsrichterin (am 32köpfigen Bundesgericht wirkt seit einigen Jahren bereits eine Frau). In das elfköpfige, in Luzern beheimatete Eidgenössische Versicherungsgericht zieht auf Vorschlag der FDP-Fraktion der Bundesversammlung die Luzerner Oberrichterin Ursula Widmer-Schmid ein. Die Gewählte gehört seit dem Parteitag von Martigny dieses Jahres der Geschäftsleitung der FDP der Schweiz an. Auf unserem Bild (Photo ruti) nimmt sie die Glückwünsche einer Luzerner Trachtenfrau entgegen.

Ausbildungsseminar der SVFF über Führung von Frauengruppen

Auf neuen Wegen

Politische Frauengruppen kämpfen heute, wie andere der Öffentlichkeit verpflichtete Gruppierungen auch, mit einem zunehmenden Rückzug der Bürger in den privaten Bereich und der damit verbundenen staatsbürgerlichen Abstinenz. Diese Tatsache hat die Schweizerische Vereinigung der freisinnigen Frauen (SVFF) bewogen, im Rahmen eines Ausbildungsseminars unter der Leitung von Stéphanie Mörikofer-Zwez nach neuen Wegen zu suchen, um die Frauen für eine aktivere Teilnahme am politischen Leben zu motivieren.

(SMZ) In einem einleitenden Referat umriss Dr. Regula Frei-Stolba, Präsidentin der SVFF, Aufgaben und Ziele der Frauengruppen in unserer Partei: Für freisinnige Frauengruppen steht heute, nach Erreichung der politischen Gleichberechtigung, die aktive Teilnahme am öffentlichen Leben im Vordergrund. Dabei nehmen sie sich insbesondere jener Anliegen an, welche Frauen stärker betreffen als Männer (sogenannte Frauenfragen), und unterstützen Kandidatinnen beim Kampf um politische Ämter. Weil die Hemmschwelle für den Beitritt zu einer FDP-Frauengruppe oft kleiner ist als für den Beitritt in eine Ortspartei, erfüllen die Frauengruppen eine wichtige Aufgabe bei der politischen Aktivierung der Frauen.

Bessere Ausbildung

Welche äussere Formen bei der politischen Arbeit eine Rolle spielen können, erläuterte Peter Benz, Ausbildungsbeauftragter der schweizerischen FDP, in seinem Referat «Methodik der Erwachsenenbildung als politisches Hilfsmittel».

Durch die Diskussionen am Nachmittag, welche der Suche nach den «neuen Wegen» galten und die von Else Keller, Winterthur, Rosemarie Leuenberger, Et-

tingen, und Esther Moser, Reigoldswil, geleitet wurden, zog sich wie ein roter Faden die Forderung nach einer besseren Ausbildung. Nur diese kann den Frauen das nötige Selbstvertrauen vermitteln, welches eine aktive politische Mitarbeit erst ermöglicht.

«Politische Bühne»

Frauengruppen können dabei als erste «politische Bühne» dienen, sie müssen aber auch Frauen, welche für öffentliche Ämter kandidieren, den nötigen Rückhalt geben und, wie eine Teilnehmerin es ausdrückte, «nach dem Sprung ins kalte Wasser das vorgewärmte Badetuch bereithalten». Attraktive Veranstaltungen, engagierte Mitarbeit in der eigenen Umgebung, ein Klima des Vertrauens und gute persönliche Kontakte sind die besten Voraussetzungen dafür, dass neue Frauen für die politische Arbeit in den FDP-Frauengruppen gewonnen und bisherige Mitglieder vermehrt aktiviert werden können.

Da wegen der beschränkten Platzzahl nur gut die Hälfte der angemeldeten Frauen an der Tagung vom 15. September 1984 im Stapferhaus auf Schloss Lenzburg teilnehmen konnten, wird diese am 23. März 1985 mit leicht modifiziertem Programm wiederholt.

man sich in endlosen Debatten und setzt sich mehr oder weniger über Redezeitbeschränkungen hinweg, man fabriziert neue Geschäfte und Traktanden am Laufmeter.

Die Fülle der parlamentarischen Vorstösse ist Legion. Zurzeit sind gegen 300 hängig. Zu einem Teil handelt es sich dabei um Anfragen und Interpellationen, zu deren Beantwortung ein halbes Dutzend Beamte in Trab gesetzt werden müssen. Auch ein gescheiter Bundesrat kann gewisse abwegige Fragen nicht aus dem hohlen

Bauch beantworten. Aber grösser ist die Zahl der Vorstösse, die eine eigene Gesetzgebung in Gang bringen möchten. Unter den Parlamentariern, namentlich den jungen, erst kürzlich Gewählten, herrscht die Meinung, man sei verpflichtet, sich vor seinen Wählern durch eigene Vorstösse zu profilieren. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum, denn meist entstehen dadurch nur Leerläufe. Was ein Parlamentarier bei den Kommissionsberatungen macht, wie er dort entscheidet, ist bedeutend wichtiger.



MANCHMAL IST DIE RICHTIGE ANTWORT NEIN.

Unsere Kunden sagen ja zu uns, weil wir wissen, wann wir einmal nein sagen müssen. Auch das gehört zur Fine Art of Banking.

JBcoB

BANK JULIUS BAR THE FINE ART OF BANKING Zürich London New York